für die
volks-
macht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Gleichberechtigung von Mann und Frau vor, wie sie erst im Sozialismus verwirklicht werden kann. Am Fall dieser Genossin sehen wir Ansätze zum Erreichen einer Gleichstellung. Im kapitalistischen Gesellschaftssystem kann man natürlich über diese Ansätze nicht hinaus, denn durch die bürgerliche Erziehung (im weitesten Sinn) wird auch den Proletariern eingeredet, die Frau sei minder begabt, politisch unreif und daher zu einer untergeordneten Rolle im Haushalt wie im Beruf verurteilt (Ausnahmen bestätigen die Regel). Öffentliche Einrichtungen, die der Frau die Last des Haushalts (zum Beispiel Wäsche, Nahrungsmittelzubereitung) und der Kindererziehung in erschwinglicher und hochwertiger Form abnehmen, zahlen sich für die Kapitalisten nicht aus, denn sie bringen ja keinen Profit. Also wird im Kapitalismus diese Bürde auf den Schultern der arbeitenden Frau bleiben. Trotzdem hört man heute viel über Gleichberechtigung oder „Emanzipation". Was aber meint man damit? Die Frauen werden aufgerufen, durch kleinbürgerliche frauenrechtlerische Vereine die „Herrschaft des Mannes" zu stürzen und ihre eigene zu errichten. Frauenrechtlerinnen meinen, der Unterdrücker sei „der Mann an sich", was für viele gleichbedeutend mit dem Gatten ist.

Die herrschende Kapitalistenklasse hat nichts gegen eine solche Weltanschauung, keine Spur! Verhüllt sie doch den wahren Charakter des bürgerlichen Ausbeuterstaates. Der kapitalistische Profitmacher kann sich ja hinter dem „ausbeutenden Mann" verstecken und sicher fühlen. In Wahrheit aber ist der werktätige Mann, den die Frauenrechtlerinnen mitbekämpfen, ebenfalls ausgebeutet. Denn was heißt Ausbeutung? Ausbeutung ist Bereicherung eines einzelnen, indem er fremde Arbeit unterjocht. Bereichert sich etwa der Ehemann an der Gattin?

Nun sehen wir, daß auch hier die Bourgeoisie versucht, Nutzen herauszuschlagen: Sie will Feindschaft zwischen beiden Geschlechtern der arbeitenden Klasse säen. (Uns allen sind ja die üblichen Versuche bekannt, in denen die Kapitalisten die verschiedenen Gruppen von Werktätigen gegeneinanderhetzen wollen, um eine Solidarität nicht aufkommen zu lassen, denn eine solche Einheit würde schließlich zum Sturz der Herrscherklasse führen!) Gemeinsam von Mann und Frau muß der gemeinsame Feind, das kapitalistische Ausbeutersystem, zerschlagen werden.

Die Waffe dafür wird uns Frauen von den Kapitalisten selbst geliefert! Das klingt unwahrscheinlich, ist es aber nicht: Eine Frau, die bloß am häuslichen Herd arbeitet, ist logischerweise nicht in der Produktion tätig, ist also unproduktiv, weitgehend unselbständig und rechtlos. In der Produktion ändert sich das: Die Frau hat selbstverdientes Geld, Anspruch auf Rente usw. Und nun muß ja die Frau im heutigen Kapitalismus zu zirka 40 Prozent mitverdienen, mit anderen Worten, sie geht in die Produktion. Obwohl sie hier Nachteile zu spüren bekommt – wir haben sie besprochen –, ist ihr so die ökonomische Grundlage für ihre Befreiung gegeben. Sie ist selbständiger, spürt das und bekommt das Bedürfnis nach voller Selbständigwerdung und damit der Gleichstellung mit dem männlichen Geschlecht.

Daraus ergibt sich unweigerlich die Erkenntnis, daß das gesellschaftliche System geändert werden muß. Denn im Sozialismus wird die Frau nicht die Mitverdienerin sein, die geringeren Lohn und untergeordnete Posten erhält. Sie wird selbständig werden. Natürlich ist dazu dauernder Kampf nötig, denn die bürgerliche Erziehung hat noch genug vaterrechtlerische Ideen in den Gehirnen beider Geschlechter zurückgelassen. Diese falschen Gedanken müssen nach und nach abgebaut werden. Frau und auch Mann haben genug Freiheit für politische Bildung und Betätigung. Auch für kulturelle und schöpferische Tätigkeit wird Zeit vorhanden sein.

Woher nimmt die Frau die Zeit? Sie wird ihr gewährleistet durch die Mithilfe des Mannes im Haushalt, soweit diese Arbeit nicht überhaupt in einen Zweig der gesellschaftlichen Produktion verwandelt wird und damit aufhört, eine Belastung für den einzelnen zu sein. Die Erziehung der Kinder wird nach und nach die Gesellschaft übernehmen können. „Die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig." (Engels.)

So wird die Frau, gleich dem Mann, auf allen Gebieten der Produktion, des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens aktiv werden. Und ihren Lohn erhält sie nach dem Prinzip „gleichen Lohn für gleiche Leistung".

Der Kampf der Frau um Gleichberechtigung kann also nicht gegen „die ausbeutenden Männer" geführt werden, sondern gezielt gegen das ausbeutende kapitalistische Gesellschaftssystem. So werden die Arbeiterinnen Seite an Seite mit den Arbeitern den Kapitalismus stürzen, die Volksmacht errichten und den Sozialismus aufbauen. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 64 · Juli 1972

Stahlindustrie: Arbeiter auf der Abschußliste?









Stahlindustrie: Arbeiter auf der Abschußliste?



Die "große Stahllösung" ist perfekt. So wird zumindest berichtet. Im Fernsehen reckte sich nach der "Aussprache" mit den Betriebsräten ein sichtlich befriedigter Bundeskanzler Kreisky der Kamera entgegen. Die Wogen der Aufregung, in denen mittendrin die Arbeiter der österreichischen verstaatlichten Stahlindustrie waren, ebben wieder ab. Die einschneidenden Maßnahmen werden wieder hinter dicken Polstertüren ausgeheckt.

Was steckt hinter dem Ganzen? Wo müssen die Arbeiter in ihrem Interesse wachsam sein und wo müssen sie sich davor hüten, als Werkzeug der verschiedensten sich auf den eigenen Geldsack orientierenden Bonzen mißbraucht zu werden?

SPÖ ist eine „bessere ÖVP“

Der ganze Fragenkomplex ist nicht neu. Schon lange - im Jahre 1968 war es bereits besonders aktuell - forderten die in- und ausländischen monopolkapitalistischen Kreise den Einbau der österreichischen Stahlindustrie in ein Konzept, das ihren Weltmarktplänen entspricht. Damals vertrat noch eine ÖVP-Regierung die Interessen des Kapitals. Sie ließ betreffs der notwendigen Maßnahmen für eine "rationelle zukünftige Entwicklung" der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie zwei Gutachten ausarbeiten. Die Quintessenz daraus war, daß im Zuge der unbedingt notwendigen "Rationalisierung", "Strukturbereinigung", "Modernisierung" - und was noch für Schlagworte da geprägt wurden, um die Betriebe "konkurrenzfähig" zu machen - der Personalstand um die runde Zahl von 14.000 Arbeitern gesenkt werden müsse. Die "große Stahllösung", die jetzt eine SP-Regierung unter Kreisky betreibt, ist die Durchführung des damaligen Beginnens. Kein Arbeiter soll darüber andere Vorstellungen haben.

Die einflußreichen Wirtschaftskreise haben ihre Politik längst umgestellt. Die Unfähigkeit der ÖVP, die Politik des Monopolkapitals durchzuführen - was die gegenwärtige Zusammensetzung der ÖVP ganz einfach nicht erlaubt - ist die Ursache dafür, daß die Monopolkapitalisten seit geraumer Zeit die SP-Führer als viel geeigneter betrachten, ihre Interessen zu vertreten. Deshalb waren sie ja auch voller Genugtuung, als bei den letzten Wahlen die SPÖ die absolute Mehrheit erhielt. Das wurde von ihnen ausdrücklich begrüßt. Das umso mehr, als sich ja die SPÖ-Führungsbonzen durch ihre Machtfülle auf dem Sektor der Verstaatlichten- und Kommunalwirtschaft sowie dem Finanzwesen, durch ihre Beherrschung der Arbeiterschaft mittels der verräterischen ÖGB-Führung, immer mehr zum politischen Machtfaktor in Österreich entwickelten, mit dem es besser war, sich zu arrangieren. Denn die Politik der SP-Führung entwickelt sich ja beileibe nicht in die Richtung, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrgenommen werden, sondern dahingehend, daß diese Bonzen als bürokratische Kapitalisten eine durch und durch kapitalistische Politik in Angriff nehmen - für ihren eigenen Sack.

Dem arbeitenden Volk gegenüber wird diese Politik mit den beliebten Schlagwort des "Weges zum modernen Österreich" verschleiert. Ob nun Klaus oder Kreisky, bei der "großen Stahllösung" ergeben sich für die Arbeiter die gleichen Fragen. Als besserer Klaus verwirklicht Kreisky, was dieser nicht zustandebrachte. Heute wie damals sind die Lebensinteressen aller Eisen- und Stahlarbeiter ernstlich gefährdet.

Österreich ist ein kapitalistisches Land. Bei uns haben die arbeitenden Menschen nichts zu reden, ihre Funktion ist, den Machthabern fette Profite zu erarbeiten. Dabei ist es egal, ob das in einem "privaten" Betrieb geschieht oder in einem "verstaatlichten". Genauso wie in der Privatindustrie, gibt es in den verstaatlichten Betrieben ganz enorme Unterschiede bei den Löhnen und Sozialleistungen. Floriert ein Betrieb, dann muß man eben den Arbeitern "mehr gewähren", um ihnen die "Lust" an der Arbeit zu erhalten. Ist das nicht der Fall, zählt auch in verstaatlichten Betrieben nur der "betriebswirtschaftliche" Standpunkt. Auch in den verstaatlichten Betrieben hat man sich - und wird man sich auch in Zukunft um die Interessen der Arbeiter überhaupt nicht kümmern. Geht es um den Profit, dann herrscht auch in "unseren" Betrieben (wie man so schön sagt) Antreiberei und Lohndruck; ist er "unrentabel", wird auch "unser" Betrieb ganz einfach und ohne Rücksicht auf Arbeiterinteressen zugesperrt, wovon besonders die Arbeiter im Bergbau ein Lied singen können.

Dieses kapitalistische Profitprinzip ist auch der Anlaß zur "Stahllösung". Es ist den Arbeiterinteressen genau entgegengesetzt.

Daher ist die Unruhe der Arbeiter in den Betrieben nur allzu berechtigt. Was denn, als Nachteile für die Arbeiter haben alle bisherigen "großen Lösungen" in den verschiedensten Industriezweigen gebracht. Daher war es wichtig und richtig, daß die Arbeiter ihre Kampfbereitschaft dokumentierten, wie es die VÖEST-Arbeiter getan haben. Es ist nichts anderes als ein Lippenbekenntnis und als Beruhigungspille gedacht, wenn der Bundeskanzler erklärt, daß die Arbeitsplätze nicht gefährdet seien und am Lohnniveau nicht gerüttelt würde. Es ist Augenauswischerei, wenn da ein "Mitbestimmungsrecht" von Betriebsräten offeriert wird. Für die kapitalistische Wirtschaft gibt es keine Rezepte von Arbeiterseite. Im Kapitalismus können die Arbeiter ihre Interessen nur durch entschlossenen Kampf verteidigen. Wer den Arbeitern etwas anderes einreden will, betreibt Verrat.

Die „großen Lösungen“ der Vergangenheit

"Wenn wir die Erdölbetriebe haben, braucht kein Österreicher Lohnsteuer zahlen". Das haben die Koalitionspolitiker seinerzeit gerne hinausposaunt. "Wir haben" jetzt die Erdölbetriebe, Lohnsteuer zahlen wir mehr denn je - es war ja auch nur ein Propagandaschmäh. In der Erdölindustrie kam es aber zur ersten "großen Lösung". Ausgangspunkt dazu war das "Wiener Memorandum", mit dem ausländische Ölmonopole ihre Interessen in Österreich gesichert hatten.

Fazit: In der Erdölindustrie sind jetzt rund 6000 Arbeiter weniger beschäftigt als früher, eine ganze Reihe "unrentabler" Betriebe wurde zugesperrt, die österreichische Erdölproduktion geht "planmäßig" zurück. Waren die Erdölarbeiter einst Spitzenreiter und bahnbrechend am lohn- und arbeitsrechtlichen Sektor, sind sie heute weit zurückgefallen. Die Produktivität ist auf Kosten der Arbeiter stark gestiegen, die Arbeitsbedingungen sind schlechter geworden. Die Abhängigkeit der österreichischen Erdölwirtschaft von den ausländischen Monopolen ist eklatant.

Als nächstes wurde der Simmering-Graz-Pauker-Konzern "saniert". Die Folge davon: Das Rax-Werk in Wiener Neustadt und die Floridsdorfer Lokomotivfabrik wurden zugesperrt, tausende Arbeiter auf die Straße gesetzt. Wenn auch die Arbeiter anderswo wieder Beschäftigung fanden, so mußten sie doch enorme Nachteile in Kauf nehmen. Die Arbeiter in Wiener Neustadt waren dabei besonders schwer getroffen. Auf sie wartete das "Pendler-Schicksal", denn die nahe Umgebung bot wenig Beschäftigungsmöglichkeit. Die Produktivität - sprich Ausbeutung und Antreiberei - im Konzern selbst hat Spitzenniveau erreicht.

Die verstaatlichte Elektroindustrie war das nächste Objekt, das einer "großen Lösung" unterzogen wurde. Auch hier wieder das gleiche Bild: Betriebe werden geschlossen, Arbeiter und Angestellte verlieren ihre Arbeitsplätze. Druck auf Löhne und Sozialleistungen, steigende Antreiberei. Wirtschaftspolitisch gibt es keine Selbständigkeit mehr, das Kommando führt der internationale Siemens-Konzern, der auch marktbeherrschend in Österreich ist.

Und im Kohlenbergbau zeichnet sich bereits die "Endlösung" ab. Nach der Schließung der meisten Kohlengruben "überprüft" man nun auch Fohnsdorf und Trimmelkam, wie weit sich ein Betrieb noch "rentiere". Das Schocksal der Bergarbeiter ist dabei völlig uninteressant. Sie sind der beste Beweis, was von den Zusagen und Versprechungen der Regierung zu halten ist. Nach jahrzehntelanger Schufterei unter Tag, bei der sie Leben und Gesundheit riskierten, sind sie zum Spielball der Profitinteressen geworden. Dort wo "Ersatzarbeitsplätze" geschaffen wurden, ist der Lohn bis aufs äußerste gedrückt. Bergarbeiter werden überallhin zur Arbeit geschickt, wie z.B. zum U-Bahnbau nach Wien. Die Bedingungen, die sie dabei vorfinden, stempeln sie zu "Gastarbeitern" im eigenen Land. •

Hintergründiges aus der Gewerkschaft

Wohin mit den Gewerkschaftsbeiträgen?

oder *Der neue Trend: Mitsaufen und mitfressen*

Nun ist also der Olah-Prozeß über die Bühne gegangen, und wir haben erfahren, was so ein Gewerkschaftspräsident alles zu tun hat. Da ist zunächst einmal eine arbeiterfeindliche antikommunistische Geheimarmee aufzubauen, da müssen Waffenlager angelegt werden, da braucht man Lastensegler (!) und schließlich noch einen Allzweck-Chauffeur, der den Geheimarmisten ein paar Judogriffe beibringt. Doch nicht genug damit. Da wollen Firmen gegründet sein, da wollen Tageszeitungen ein Darlehen, da wartet die FPÖ auf eine Wahlspende. Weil nun aber der CIA nur „Sonderprojekte" finanziert, gibt's Geldschwierigkeiten. Was Wunder, wenn sich ein rechter Arbeiterfunktionär entschließt, aus eigenem Antrieb Gutes zu tun. Er greift in die Gewerkschaftskasse und gibt. Da ein paar Millionen, dort ein paar Millionen. Die Mitglieder zahlen's ja.

Soviel über den Tätigkeitsbereich eines Gewerkschaftspräsidenten.

Peinlich wird die ganze Sache erst, wenn sie auffliegt und vor Gericht endet, wenn dann plötzlich kein Olah mehr da ist, der mit nobler Geste Millionen verteilt. Wohin dann mit den Gewerkschaftsbeiträgen? So oder ähnlich dürften sich manche Gewerkschafter gefragt haben; auch die Funktionäre der Gewerkschaft Druck und Papier. Womit wir endlich beim eigentlichen Thema wären. Aber lassen wir die Gewerkschaft Druck und Papier doch selbst zu Worte kommen, und zwar auszugsweise aus dem Protokoll ihrer Wiener Zentralausschußsitzung:

„*... berichtete Kollege Bigler, der auch Mitglied der Kontrollkommission ist, er hätte in einer deren Sitzungen einen Beleg von 5310 S, Rechnung des Heurigenlokals ‚Spitzbuben', beanstandet. Darauf wurde ihm seitens der Kontrollkommission gesagt, er solle den Mund halten und mitsaufen und mitfressen ... Da sich Kollege Bigler unausgesetzt gewerkschaftsfeindlich verhält, wird das Präsidium Kollegen Eugen Bigler aus der Gewerkschaft ausschließen ... Eine Äußerung seitens der Kontrollkommission, wie sie Kollege Eugen Bigler vor den Kollegen Tiefdruckformenherstellern anführte, sei nie gefallen ...*"

Ein originelles Protokoll, wie du, lieber Leser, wohl zugeben wirst. Genauso originell wie der Verwendungszweck der 5310 Schilling, wenngleich dieser Betrag den Olah-Millionen gegenüber eher bescheiden wirkt. Aber wir sehen wenigstens, daß die Herren Funktionäre etwas tun und daß sie nach einem Weg suchen, unsere Mitgliedsbeiträge nutzbringend zu verwerten. Wie gesagt, 5310 Schilling sind noch kein Vermögen — aber auch der Olah hat einmal klein angefangen. Also Kopf hoch und die Zähne zusammengebissen, meine Herren, auch wenn der Heurige noch so kremplsauer und das Backhendl noch so fett sein sollte. Ein guter Funktionär muß einiges hinunterschlucken können.

Und wenn irgend so ein Bigler nicht mitsaufen und nicht mitfressen will, dann hinaus mit ihm. Für Leute, die nicht tüchtig zugreifen wollen, ist in unserer Gewerkschaft kein Platz.

„Wohin mit den Gewerkschaftsbeiträgen?" fragten wir uns fassungslos, als vor Jahren der Gewerkschaftspräsident Olah ins Kittchen ging und der ÖGB damit vorübergehend die Freundschaft der „Kronen-Zeitung" und der FPÖ verlor, denen er bis dahin seine überschüssigen Millionen in den Rachen gestopft hatte. Auf einem Flugblatt veröffentlichten wir damals den nebenstehenden erschütternden Bericht über die zwar gutgemeinten, letzten Endes aber doch ungenügenden Versuche einiger Gewerkschaftsfunktionäre, das viele Geld einfach zu verfressen und zu versaufen.

Nun, das gute Einvernehmen zwischen ÖGB, „Kronen-Zeitung" und FPÖ ist inzwischen ja wieder hergestellt. Wir nehmen also an, daß die Herren Funktionäre jetzt wieder wissen, wo sie das lästige Geld hintun können. Schade übrigens, daß sie sich nicht mehr an die Zeit erinnern können, in der Gewerkschaftsgelder zu jenem Zweck verwendet wurden, zu dem sie ursprünglich vorgesehen waren: als Unterstützung für streikende Arbeiter. Als nämlich rund 900 Arbeiter in zehn Wiener Holzbetrieben streikten und 12 Prozent Lohnerhöhung statt der vertraglich vorgesehenen 8,5 Prozent forderten, da erklärten die sonst so großzügigen Funktionäre den Ausstand als „wild" (und ersparten sich damit etwaiges Streikgeld und den Groll der Industriellenvereinigung). Ein geneigteres Ohr fand anscheinend die holzverarbeitende Industrie, denn sie erklärte siegesgewiß, sie erwarte, „daß der ÖGB alle Bemühungen unternimmt, um gegen diesen eklatanten Fall einer Verletzung der Lohndisziplin einzuschreiten".

Erst mit geraumer Verspätung — weil die Arbeiter hart blieben und weil Massenaustritte drohten —



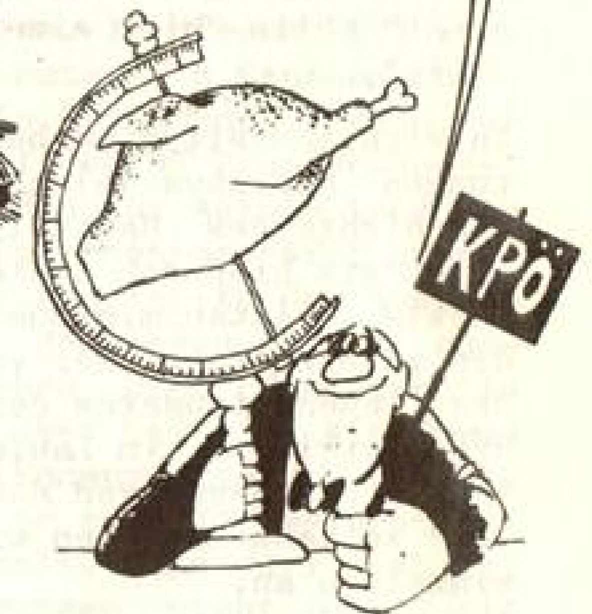
geruhten die ÖGB-Bonzen, den Streik offiziell anzuerkennen.

Ja, zum Teufel, wird sich nun der Leser fragen, was sind das für Gewerkschaftsfunktionäre, denen die Sorgen der Unternehmer eher ans Herz gehen als die Sorgen der Arbeiter? Nun, der Schreiber dieser Zeilen kennt zwar keinen Funktionär aus der Holzbranche, dafür aber den Obmann der Gewerkschaft Druck und Papier, Herrn Arnold Steiner, und dieser mag uns also stellvertretend für alle andern Funktionäre dienen. Herr Steiner, ein etwas beleibter Herr (was jetzt bitte nicht als Anspielung aufs Mitfressen und Mitsaufen mißverstanden werden soll), pflegt sich nämlich auch immer ins Gefühlsleben eines Unternehmers hineinzudenken, wenn er aufgebrachte Arbeiter zu beschwichtigen versucht: „Aber, Kollege, was wolln S denn, Sie verdienen doch eh ganz gut." Wobei er offenbar, was das Verdienen betrifft, von sich auf andere schließt. Denn die Frage, was denn er als Gewerkschaftsobmann so verdiene, hat ihn schon des öfteren auf die Palme gebracht, und er, der sonst so Redegewandte, verweigert dann stets die Aussage. Und er wird schon wissen warum.

Sosehr der Herr Steiner aber mit der Bekanntgabe seines — aus Arbeitergeldern bezahlten — Einkommens geizt, sosehr liebt er anderseits eine gewisse Publizität seiner eigenen werten Person, ja man könnte fast schon sagen eine Art Personenkult. Im Organ der Gewerkschaft Druck und Papier, im „Vorwärts" (von humorvollen Kollegen hintergründig „Rückwärts" genannt), erscheint sein Konterfei in konsequenter Regelmäßigkeit. In der Ausgabe vom Mai 1972 zum Beispiel nicht weniger als zehnmal. Doch das hat auch sein Gutes. Wenn man's hintergründig nimmt. ●

Die Rolle der »K«PÖ





Die Aufgaben und Funktionen der ‚K'PÖ-Führer nach ihrem Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind mannigfaltig. Hauptsächlich verdienen sie sich ihr Geld als Sprachrohr der russischen Sozialimperialisten, doch auch die herrschende Kapitalistenklasse hat für sie eine Rolle bereit, die sie dankbar erfüllen, weil sie verschiedenartigste „Anerkennung" mit sich bringt (Fernsehauftritte, Gewerkschaftssubventionen und -posten, Kreiskys Fürsprache für die „notleidende Volksstimme" usw.). Diese Rolle besteht darin, die „parlamentarische Demokratie" als linker Flügel aufzuputzen und die mit der zunehmenden Ausbeutung und Unterdrückung unzufriedenen arbeitenden Menschen, vor allem SPler, anzusprechen. Aufgabe der ‚K'PÖ-Führer ist es nun, diese Unzufriedenheit in ungefährliche Bahnen zu lenken, und zwar so, daß aufkeimendes revolutionäres Bewußtsein sich nicht zur klassenkämpferischen Bewegung in den Betrieben entwickelt, sondern sich in Mandaten der ‚K'PÖ in den diversen Einrichtungen unserer „Demokratie" erschöpfen soll. In diesem Sinn sind auch die Anbiederungsversuche der ‚K'PÖ-Führer anläßlich des Streiks in Betrieben der holzverarbeitenden Industrie zu sehen. Nachdem es sich bis zum Höchstädtplatz herumgesprochen hatte, daß 900 Holzarbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen in den Streik getreten waren, um sich berechtigte Lohnerhöhungen zu erkämpfen, trat man sofort in „Aktion". Mit vielen schönen Phrasen warb man um die Gunst der Arbeiter und empfahl sich wärmstens als die „einzig wahre Partei". Man war voll des Lobes für die Streikenden, die den Kampf aus eigener Kraft durchführten.

Wie schaut es aber dort aus, wo die Arbeiter den ‚K'P-Führern vertrauen? In keinem einzigen Betrieb mit ‚K'P-Betriebsratsmehrheit – nicht einmal dort, wo sie alle Mandate haben –, wurde die Initiative ergriffen, um ausreichende Lohnerhöhungen zu erkämpfen. Man beschränkte sich darauf, die „Schuld" auf die Gewerkschaft abzuschieben, um selbst eine reine Weste zu haben. Hat man nämlich einmal die Mandate, ist man schon zufrieden. Das Wohlwollen des Bosses Benya ist da wesentlich wichtiger als Arbeiterinteressen. Und die Geldquelle aus der Gewerkschaftskasse, die auch für die ‚K'P-Fraktion sprudelt, soll ja nicht versiegen. Da muß man also brav auf dem Teppich bleiben. ●

Geht es uns besser?

In seinem "Grundsatzreferat" auf dem SP-Parteitag in Villach unternahm Kreisky den vergeblichen Versuch, den alten Schmäh der Reformisten, die Lage der Arbeiterschaft hätte sich im heutigen Kapitalismus angeblich entscheidend verbessert,"theoretisch" zu untermauern.Unter Berufung auf den Ahnherrn des deutschen (und österreichischen) Opportunismus Ferdinand Lassalle behauptete er, unbekümmert um längst feststehende wissenschaftliche Erkenntnisse und geschichtliche Tatsachen, daß in der Frühzeit des Industrialismus und lange Zeit später im wesentlichen der Lohn des Arbeiters und dasGehalt des Angestellten lediglich dazu gereicht haben, ihm ein Minimum an Lebensmitteln und ein Minimum an Behausung zu bieten; erst "der durch die moderne Demokratie verwirklichte Wohlfahrtsstaat" hätte "hier eine Änderung herbeigeführt".

In Wirklichkeit sind beide"kühnen" Behauptungen Kreiskys falsch. Weder war in der Geschichte des Kapitalismus irgendwo längere Zeit hindurch dasLohnniveau durch das nackte Existenzminimum bestimmt noch ist die tatsächliche oder vermeintliche Hebung des Lebensstandards der österreichischen Arbeiterklasse im Laufe der letzten Jahrzehnte den Segnungen des "Wohlfahrtsstaates" zu danken. Sehen wir uns die Dinge im einzelnen an.

Der Wert der Ware Arbeitskraft

Auf Grund der unwissenschaftlichen Theorie des englischen Pfaffen Maltus (1766-1834), wonach die verfügbare Lebensmittelmenge "naturnotwendig" weniger rasch zunähme als die Bevölkerungszahl, daher die arbeitenden Menschen "zwangsläufig" zu ständigem und wachsendem Elend verurteilt wären, hat Lassalle sein ebenso unwissenschaftliches "ehernes Lohngesetz" formuliert. Dieses angebliche "Gesetz", demzufolge der durchschnittliche Arbeitslohn nur das Existenzminimum decken könnte, wurde von Karl Marx bereits vor mehr als hundert Jahren durch eine wissenschaftlicheAnalyse der tatsächlichen Verhältnisse restlos widerlegt.

Schon derKlassiker der bürgerlichen Nationalökonomie Ricardo hatte 1821 geschrieben: "Man darf nicht annehmen, daß der natürliche Preis der Arbeit (darunter verstand er den Geldausdruck desWerts der Arbeitskraft – D.Red.), auch wenn er in Lebensmitteln und in zum Leben notwendigen Dingen gemessen wird, absolut feststehend und konstant ist. Er variiert in ein und demselben Land zu verschiedenen Zeiten und unterscheidet sich sehr wesentlich in verschiedenen Ländern. Im wesentlichen hängt er von den Gewohnheiten und Gebräuchen des Volkes ab." (Von uns unterstrichen – D.Red.)

Karl Marx,der die Unzulänglichkeiten Ricardos und anderer Vertreter der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft überwunden und als erster und einziger den wahren Charakter der kapitalistischen Ausbeutung aufgedeckt und analysiert hat, erklärte die – keineswegs "ehernen",also starren,sondern durchaus beweglichen und elastischen – Gesetze des Arbeitslohns wie folgt:

1. Die Arbeitskraft, die der Arbeiter, der keine Produktionsmittel besitzt,dem Unternehmer als demBesitzer der Produktionsmittel verkaufen muß, ist eine Ware wie alle anderen Waren. Der Arbeitslohn ist der Marktpreis der Arbeitskraft, und dieser Preis pendelt, je nach Angebot und Nachfrage, um den Wert der Arbeitskraft herum. Der Wert der Arbeitskraft wird, wie der Wert aller anderen Waren, bestimmt durch die zu ihrer Herstellung bzw. Wiederherstellung notwendige Arbeitszeit. Zur Herstellung und Wiederherstellung der Arbeitskraft bedarf es "einer gewissen Summe von Lebensmitteln", u.z. Lebensmitteln im weitesten Sinne,also: Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw. sowie Mitteln für die Heranbildung des Arbeiternachwuchses. Daraus folgt eine erste Feststellung von Marx: "Der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers (d.h. des Arbeiters – D.Red.)notwendigen Lebensmittel."

2. Die Wertbestimmung der Arbeitskraft ist aber nicht nur gleich der Wertbestimmung anderer Waren, sondern sie unterscheidet sie auch von dieser. Denn "der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse" beschränkt sich nicht auf die rein körperlichen Bedürfnisse der Erneuerung der Arbeitskraft, sondern wird darüber hinaus "bestimmt durch einen traditionellen Lebensstandard". Dieser wiederum entspringt "aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, worin die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen".Daraus folgt eine zweite Feststellung von Marx: "Der Wert der Arbeitskraft wird aus zwei Elementen gebildet – einem rein physischen und einem historischen oder gesellschaftlichen."

3. Aber nicht nur dieses durch "historische Tradition und gesellschaftliche Gewohnheit" gebildete zusätzliche Element unterscheidet die Wertbestimmung der Arbeitskraft von der anderer Waren. Zum Unterschied von anderen Waren, deren Wert bei gegebener gesellschaftlich-notwendiger Durchschnittsarbeitszeit, die zu ihrer Herstellung erforderlich ist,gleichbleibt, ist der Wert der Arbeitskraft "keine fixe (= feststehende – D. Red.), sondern eine variable (= veränderliche – D.Red.)Größe". Denn das "historische oder gesellschaftliche Element",das in den Wert der Arbeitskraft eingeht, "kann gestärkt oder geschwächt... werden". Die"Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft"wird gebildet"durch den Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel". Der Kapitalist in seiner unersättlichen Profitgier ist bestrebt, den Arbeitslohn auf dieses äußerste Existenzminimum zu drücken. Sinkt aber der Lohn bis zu dieser "letzten Grenze", dann sinkt er unter den Wert der Arbeitskraft, weil dieser die Erhaltung des Arbeiters"in seinem normalen Lebensstandard" (also einschließlich des historisch-gesellschaftlichen Elements seines Lebensstandards)erfordert.Andererseits gibt es keine Höchstgrenze des Werts der Arbeitskraft, weil den menschlichen Bedürfnissen überhaupt und den Lebensansprüchen des Arbeiters im besonderen keine Grenzen gesetzt werden können. Die Maximalgrenze des Werts der Arbeitskraft würde daher praktisch dort liegen, wo der Wert der Arbeitskraft mit dem Wert des von ihr neugeschaffenen Produktes zusammenfällt, wo also für den Unternehmer kein Profit mehr herausschaut. Das ist natürlich im Kapitalismus unmöglich. Deshalb schwankt nicht nur der Lohn als Preis der Arbeitskraft wie alle Warenpreise je nach Angebot und Nachfrage, sondern es schwankt auch der Wert der Arbeitskraft je nach demKräfteverhältnis der miteinander kämpfenden Klassen! Wenn der Wert derArbeitskraft durch den in einem bestimmten Land zu einer bestimmten Zeitperiode üblichen Lebensstandard der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung bestimmt wird,so bestimmen ihn praktisch dieArbeiter selbst aktiv mit, indem sie sich gegen die Anschläge der Kapitalisten auf ihre Lebenshaltung zur Wehr setzen! In diesem Sinne ist auch die Schlußfolgerung von Marx zu verstehen: "Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element." (Von uns unterstrichen – D.Red.)

Der wandelbare Warenkorb

Allen Waren ist gemeinsam, daß mit dem Anwachsen der Arbeitsproduktivität infolge des technischenFortschritts ihr Wert sinkt; denn es sinkt ja die für die Herstellung der Waren erforderliche gesellschaftlich – notwendige Durchschnittsarbeitszeit, die den Wert der Waren bestimmt. Dasselbe gilt auch für die Ware Arbeitskraft.

Stellen wir einmal folgende Überlegung an: Vor 25 Jahren betrug die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Seither hat sich die Produktivität schätzungsweise vervierfacht, d.h. der Arbeiter stellt in 12 Stunden ebensoviel Produkte her wie früher in 48 Stunden. Nehmen wir weiter an, daß damals der Ausbeutungsgrad 100% betragen hat, d.h.auf einen Schilling Lohn ein Schilling Profit entfiel oder derArbeiter 24 Wochenstunden für sich und ebensoviel für den Unternehmer arbeitete. In diesem Fall leistet der Arbeiter heute in 6 Stunden ebensoviel wie damals in 24 Stunden. Wenn er also bei der heutigen 42 Stunden-Woche, sagen wir, 12 Stunden für seinen Lohn und 30 Stunden für denUnternehmerprofit arbeitet, so ist zwar einerseits der Ausbeutungsgrad auf 250% gestiegen (jedem Lohnschilling entsprechen 2,50 Profitschilling),andererseits aber hat sich die Summe von Lebensmitteln (Konsumwaren und Dienstleistungen), die er sich für seinen Lohn kaufen kann verdoppelt. (Man darf sich bei all diesen Überlegungen nicht durch die Geldentwertung irreführen lassen. Ein heutiger Schilling ist doch etwa 5 Groschen von damals wert. So betrug z.B. laut Arbeiterkammerstatistik im April 1946 der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeiters 181,13 S pro Monat und der durchschnittliche Lebenshaltungsaufwand einer 4-köpfigen Arbeiterfamilie 60,57 S pro Woche.)

Marx hatte eine ähnliche Veränderung vor Augen, als er schrieb: "Der Preis der Arbeitskraft könnte so bei steigenderProduktivkraft der Arbeit beständig fallen mit gleichzeitigem, fortwährendem Wachstum der Lebensmittelmasse des Arbeiters. Relativ aber, d.h. verglichen mit dem Mehrwert, sänke der Wert der Arbeitskraft beständig, und erweitere sich also die Kluft zwischen den Lebenslagen von Arbeiter und Kapitalist." (Von uns unterstrichen – D.Red.).

Dabei muß der wichtige Umstand berücksich-

tigt werden, daß wohl der frühere Wert der Arbeitskraft – wegen der erhöhten Produktivität – gesunken ist, daß jedoch die Arbeitskraft zugleich einen neuen Wert erhalten hat, in dem Maße, als ein gewandelter "Warenkorb" für den Arbeiterhaushalt typisch geworden ist.

Dieser "Warenkorb" hat sich infolge der Vervielfachung und Vervielfältigung der Produktion in den letzten Jahrzehnten mehrmals geändert. Unmittelbar nach dem Krieg wurden die Verbrauchsausgaben auf Grund eines in den 3o-er Jahren aufgestellten Schemas ermittelt. Der "Warenkorb" beinhaltete damals 83 Positionen in 6 Gruppen, wobei die Gruppe Ernährung allein einen Anteil von 6o% aller Ausgaben hatte. Eine Konsumerhebung 1954/55 ergab, daß dieser Anteil auf 46 Prozent gesunken war; die letzte Konsumerhebung von 1964 weist ihn bereits mit 36 Prozent aus. Die Zahl der Waren- und Dienstleistungspositionen ist im Lebenshaltungsindex von 1956 auf 2o5 und in dem noch jetzt geltenden Index von 1966 auf 253 Einzelpositionen (in je 1o Gruppen) gestiegen. Gemäß den geänderten Konsumgewohnheiten wurden solche Waren wie Pferdefleisch und Braunkohle aus dem "Warenkorb"herausgenommen und dafür solche zu Massenkonsumartikeln gewordene Waren und Dienstleistungen wie Fernsehapparat, elektrische Spielzeugeisenbahn, Urlaubsreise und Versicherungen hineingetan.

Damit wird aber nur amtlich bestätigt, daß alle diese in dem sich periodisch wandelnden "Warenkorb" enthaltenen Konsumgüter und Dienstleistungen eben zu den für die gegebene Zeit normalen Lebensansprüchen der arbeitenden Menschen gehören, den Wert ihrer Arbeitskraft bestimmen!

Die Arbeiter selbst sind es ja, die all diese Konsumgüter in ihrer Masse und Fülle schaffen.Und wenn diese nicht für den Konsum der Arbeiter zugänglich gemacht würden, könnten ja die Kapitalisten den in den Waren steckenden Profit nicht realisieren.Es ist doch, wie die Wissenschaft längst bewiesen hat, die Produktion selbst, die den Konsumbedarf erzeugt. Marx schrieb: "Die Produktion produziert dieKonsumation daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumation bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt."

Es ist also keineswegs den "Segnungen" des "Wohlfahrtsstaates" zuzuschreiben, wenn sich die Konsumgewohnheiten der Arbeiter ändern, sondern der gesetzmäßigen Entwicklung der kapitalistischenProduktion selbst. Und diese von der kapitalistischen Produktion hervorgerufene Änderung der Konsumgewohnheiten ist (ganz abgesehen von den Absurditäten der kapitalistischen Vergeudungswirtschaft, die sogar Kreisky an der erwähnten Stelle des Referats andeutet) keineswegs als irgend eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse anzusehen!

Nach wie vor ist unbestreitbar im vollen Ausmaß gültig,was Marx vor fast 1oo Jahren gesagt hat, daß nämlich "das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird,wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange."

Schlechter statt besser!

Mehr noch: Eine genaue Analyse zeigt, daß die Lage der Arbeiterklasse trotz "verbessertem" Warenkorb in Wirklichkeit schlechter geworden ist.

1. Wir haben schon gesehen, daß der Arbeiter, um einen dem gestiegenen Wert seiner Arbeitskraft entsprechenden Lohn zu verdienen, mehr Gratisarbeit für den Unternehmer leisten muß als früher. Ja, die Verringerung der gesetzlichen Arbeitszeit um ein Sechstel (bei Erhöhung der Produktivität um ein Vielfaches!) ist eine Schimäre, wenn man bedenkt, daß in der Regel Überstunden und Pfuscharbeit geleistet werden müssen,damit man halbwegs auf gleich kommt!

2. Der Wert der Arbeitskraft gilt nur als (verborgene) Richtschnur, um welche ihr Preis (der Lohn) hin und her pendelt, wenn man einen längeren Zeitraum ins Auge faßt, der den ganzen Zyklus d.h. sowohl Krisen- wie Hochkonjunkturzeiten, einschließt.In Krisenzeiten pflegt der Lohn unter den Wert der Arbeitskraft zu sinken, um dafür in Konjunkturzeiten diesen Wert zu übersteigen. Das bedeutet, wie Marx lehrt, daß in Zeiten des Aufblühens der Geschäftstätigkeit (der Prosperität) der Arbeiter mehr verdienen muß, als er für den unmittelbaren Lebensunterhalt seiner Familie braucht, also Ersparnisse zurücklegen kann. "Es ist der Gipfel des Widersinns zu verlangen, er solle, während sein Arbeitslohn notwendigerweise durch die ungünstigen Phasen des Zyklus beeinträchtigt wird, darauf verzichten,sich während der Prosperitätsphase (in welcher, wie Marx an derselben Stelle betont, "Extraprofite gemacht werden" – D.Red.) schadlos zu halten." Wir haben nun eine lange Periode der Hochkonjunktur; der Arbeiter kann aber in der Regel heutzutage keine Ersparnisse zurücklegen, sondern muß umgekehrt immer mehr – durch Ratenkäufe, "Barzahlungskredite" (etwa bei der BAWAG) usw. – Schulden machen, also auf Kosten künftigen Einkommens sein Leben fristen!

3. In den dreißiger Jahren gab es in der überwiegenden Mehrzahl derArbeiterfamilien nur einen einzigen Verdiener ("Doppelverdienertum" war damals,in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit, sogar verpönt), und der Haushalt zählte in der Regel vier Personen. Noch bis Mitte der fünfziger Jahre galt diese Familiengröße als durchschnittlich. Doch bei der Konsumerhebung 1954/55 ergab sich (laut "Arbeit und Wirtschaft", Nr.12/1957), "daß der bisherige Index-Familientyp von zwei Erwachsenen und zwei Kindern für die Wiener Arbeiter- und Angestelltenhaushalte derzeit nicht typisch ist". Die durchschnittliche Familiengröße betrug damals bei den Arbeitern 3,2 und bei den Angestellten 3,1 "Köpfe".Und der seit 1967 geltende Lebenshaltungsindex geht schon von einer Familie mit durchschnittlich 2,86 Köpfen aus (vgl. "Solidarität", Mai 1972). Andererseits hat sich Mitte der fünfziger Jahre die Lage der Werktätigen so weit "gebessert", daß zwar immer noch auf die Mehrheit der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte (55 bzw. 59 Prozent) nur ein einziger Verdiener entfiel,dieser aber lediglich "etwas mehr als eine zweite Person mitzuerhalten" vermochte ("Arbeit und Wirtschaft", Nr. 1o/1956). Während aber damals, derselben Quelle zufolge, "es nur in jeder vierten Familie eine mitverdienende Frau als Ehegattin" gegeben hatte, waren laut Statistischen Zentralamt Ende 1969 bereits 4o Prozent der unselbständig Erwerbstätigen Frauen! Daraus ersieht man, wie recht wir haben, wenn wir feststellen: "Heute müssen in der Regel zwei Personen arbeiten – und zwar viel angestrengter als früher –, um eine dreiköpfige Familie zeitgemäß zu erhalten." ("Für die Volksmacht", Nr. 63, Juni 1972, S.13.)

So sieht die "Verbesserung" der Lebenserhaltung der Werktätigen in Kreiskys "Wohlfahrtsstaat" aus!

Der feine Unterschied zwischen Tieren und Viechern

Flipper ist kein Mörder



Die amerikanischen Militärs haben Schwierigkeiten mit Tieren. Nicht mit den hohen Tieren, das ist klar, denn diese verstehen sich ganz ausgezeichnet aufs Völkermorden. Ein Gfrett ist's vielmehr mit den Schäferhunden und den Delphinen, die man jahrelang auf den Mann dressiert hat. Erfolglos, wie sich jetzt zeigt.

Dabei hätte die Sache mit den Hunden eigentlich funktionieren müssen; sie sollten nämlich im vietnamesischen Urwald versteckte Guerillas aufspüren. Doch die US-Strategen hatten eines nicht bedacht: daß bei den Saigoner Thieu-Truppen ein Hund als Leckerbissen gilt. Und so verschwanden die kostbaren Tiere eines nach dem andern auf mysteriöse Weise. Beim teilweisen Abzug ihrer Bodentruppen haben die US-Boys deshalb die restlichen vierbeinigen Freunde mit nach Hause genommen, um ihnen ein unrühmliches Ende im Kochtopf zu ersparen.

Nicht viel besser verlief das Unternehmen Delphin. Sieben Delphine waren vor einiger Zeit nach Vietnam geschickt worden. Nach einem langen Training hatten sie gelernt, jede Annäherung von feindlichen Tauchern zu melden, und am Anfang hatten sie ihre Mission auch erfüllt. Aber nach mehreren Monaten änderten die Tiere ihr Verhalten. Sie stürzten sich nicht mehr wie sonst auf den Feind, befolgten keine Befehle, und nach Auskunft ihrer Betreuer war es so, als würden die Delphine miteinander „diskutieren". Den Tieren widerstrebte es ganz offenbar, Menschen anzugreifen, und sie kannten auch keine Rassenvorurteile: ein Asiate war ihnen mindestens ebenso sympathisch wie ein weißer Ami. Womit die Delphine bewiesen, daß sie tatsächlich intelligenter sind als so manche Menschen. Nur das amerikanische Oberkommando in Vietnam ist sauer und bedauert die „unmögliche" Einstellung der Tiere zum Krieg. Die Delphine als Unterwasserspezialisten, heißt es, hätten völlig „versagt".

Wo in Vietnam die Viecher zu finden sind, das steht demnach fest. Im Wasser sind sie jedenfalls nicht. Sie sitzen im Oberkommando.

Der Terror nützt den Herrschenden

Die Massenmedien der gesamten kapitalistischen Welt strotzen täglich von Sensationsmeldungen über wütende Terroraktionen "linker" Gruppen. Sind aber alle diese Aktionen wirklich Taten Linker, also ehrlicher Revolutionäre und überzeugter Kommunisten?

Wer sind die Urheber von Bombenanschlägen, Menschen- und Flugzeugentführungen oder Banküberfällen, um nur einige dieser Terrorakte zu nennen?

Zum Teil sind es jugendliche Einzelgänger oder Gruppen, die ohne festes politisches und am wenigsten marxistisches Konzept sind. Sie handeln oft aus rein egoistischen Beweggründen, seien es nun krankhafte Abenteuerlust oder romantischer Traum vom Heldentum. Viele derartige Einzelgänger oder Cliquen wollen sich aber bloß persönlich bereichern,indem sie hohe Lösegelder erpressen oder sich durch bewaffnete Banküberfälle finanzielle Beute holen,

Doch darf man nicht meinen, diese Taten stünden weitab von jeder Politik.Eine marxistisch-leninistische Analyse zeigt, daß solche "Sachen" der Bourgeoisie dienen. Warum? Die herrschende Kapitalistenklasse verwandelt diese asozialen Banditen flugs in "Anarchisten" und bezeichnet sie im selben Atemzug als "Linke" und "Kommunisten". - Wozu derartige (oftmals gleich entlarvte) Lügen? Der bürgerliche Informationsapparat, der ja das Sprachrohr der Kapitalistenklasse ist, agitiert hier gezielt gegen den Marxismus-Leninismus überhaupt, indem er ihn dem Verbrechertum gleichsetzt. Was ist die Folge? Ein Teil der Werktätigen wird dadurch in die Irre geführt und in Furcht versetzt. Auf diese Weise wenden sich diese Betrogenen gegen ihre ureigensten Interessen, deren Verfechter sie im Stich lassen. Anstelle dessen stützen sie den schon stark angeschlagenen Kapitalismus. Sie erhalten sich selbst die Ausbeutung und festigen die Herrschaft der Bourgeoisie. Aber "die Haupttendenz in der Welt von heute ist Revolution", lehrt uns Mao Tsetung. Und das weiß die besitzende Klasse sehr wohl. Weswegen sie ja so krampfhaft alles Revolutionäre zerschlagen oder wenigstens diskreditieren will.

Faschistischer Terror ...

Eine andere noch wichtigere und eigentlich ursprüngliche Erscheinungsform des Terrorismus dient ebenfalls der Erhaltung des bestehenden Systems. Dabei handelt es sich um Terrorakte faschistischer Organisationen, die angesichts der zunehmenden kapitalistischen Krise den Vorwand zur Faschisierung des Staatsapparats liefern sollen. Solche Terrorakte werden von der herrschenden Klasse bewußt vorbereitet. Immer mehr zeigt es sich, daß der bürgerliche Machtapparat, d.h. Armee, Polizei, Justiz etc. von der Kapitalistenklasse mit allen Mitteln darauf eingestellt wird, die kommenden Kämpfe der Arbeiter niederzuschlagen. Dazu benützt man die lügnerische Parole "Gegen Extremisten von links und rechts". Daß dabei allerdings die Rechtsextremisten ungeschoren bleiben,ist selbstverständlich. Polizei und Armee greifen bereits in vielen kapitalistischen Ländern zu faschistischem Terror gegen alles, was wirklich links steht. Ihr Ziel ist es, die revolutionäre Bewegung zu ersticken.

Faschistische Terroristen gibt es auch versteckt in revolutionären Organisationen. Sie werden von den Herrschenden für diese Handlangerdienste bezahlt und in diese Organisationen hineingeschickt. Sie verüben Terror, der dann von ihren Geldgebern der revolutionären Bewegung zur Last gelegt wird.

Individueller Terror ...

Kleinbürgerliche Studenten neigen manchmal zu Terrorismus. Sie treten in relativ friedlichen Zeiten auf. Solche Jugendliche wollen zwar ehrlich die Revolution, stehen aber in keiner Verbindung mit den Massen. Wie aber die geschichtliche Erfahrung bestätigt, ist "das Volk und nur das Volk die Triebkraft, die Weltgeschichte macht" (Mao Tsetung). Dabei kann der revolutionäre Intellektuelle nur Hilfskraft sein.

Was ist nun der Grund für studentische Revoluzzer, Terror auszuüben? Sie glauben nicht an die Kraft des Volkes und verfallen daher dem Irrglauben, als von den Massen losgelöste "heroische" Minderheit durch individuellen Terror die Revolution herbeiführen zu können. Das Volk versteht diese Handlungsweise nicht und verwirft sie mit Recht. Denn das revolutionäre Bewußtsein, das aus den täglichen Klassenkämpfen erwächst, ist in weiten Teilen noch nicht soweit gediehen, daß die Arbeiter aus der historischen Notwendigkeit heraus die Waffen ergreifen, um den Ausbeuterstaat zu liquidieren.

Und so nützen derartige Terrorakte der revolutionären Bewegung in keiner Weise. Im Gegenteil, sie schaden ihr beträchtlich. Denn was hat die Bourgeoisie nun eiligeres zu tun, als auf die uns schon bekannte Tour eine Hetze gegen "Maoisten" zu betreiben.

... und berechtigter Kampf

Im Gegensatz zu diesem, den Zwecken der Ausbeuterklasse ausgezeichnet dienenden Terrorismus steht ein berechtigter revolutionärer Massenterror. Er tritt in Ländern oder Situationen auf, wo die objektive Lage revolutionär ist,d.h. die Herrschenden nicht mehr herrschen können und die Unterdrückten nicht mehr leiden wollen wie bisher (Lenin), wo die Massen eine schon sehr hohe Kampfmoral erreicht haben und knapp vor der Niederschlagung des sie sozial oder national unterdrükkenden Staates stehen. Kommt es hier zu terrorähnlichen Aktionen in der Massenbewegung verankerter Revolutionäre, so müssen sie vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus bejaht werden. Es sind dies unter anderem die vom Volk geforderte Hinrichtung der Verantwortlichen für den tausendfach stärkeren und dauernd geübten Terror der Herrschenden gegen die Massen, einzelne Enteignungsmaßnahmen und ähnliches. Solche Taten heben das Kraft- und Siegesbewußtsein der Massen, entsprechen ihrem Gerechtigkeitssinn und bringen so der revolutionären Bewegung Nutzen.

Auch innerhalb der revolutionären Partei können terroristische Tendenzen aufkommen. Sie sind zurückzuführen auf Überreste kleinbürgerlichen Denkens, die von einzelnen Mitgliedern hineingetragen werden. Solches Denken muß durch Kritik und Selbstkritik sowie durch die richtige Führung des Kampfes zwischen den zwei Linien - der bürgerlich-reaktionären und der proletarisch-revolutionären - korrigiert werden.

So sahen sich die Reaktionäre schon zu Goebbels Zeiten gern: Als hehre Wächter gegen terroristische Untermenschen.



Wie aber liegen die Dinge in Österreich? In unserem Land gibt es noch keine revolutionäre Situation, haben erst sehr wenige Werktätige die Notwendigkeit erkannt, den Kapitalismus zu stürzen. Heute müssen wir daher vor allem konsequent den Betriebskampf nach marxistisch-leninistischen Richtlinien führen und so das Klassenbewußtsein der Arbeitskollegen heranbilden. Und es werden immer größere Teile der arbeitenden Bevölkerung für die Errichtung der Volksherrschaft kämpfen, immer breiter wird die Basis werden,auf der schließlich dem kapitalistischen Ausbeuterstaat ein Ende gesetzt werden wird. •

Lehrgeld, in Blut bezahlt

Anläßlich des Jahrestages des von den russischen Sozialimperialisten unterstützten, aber schließlich mißglückten reaktionären Staatsstreichs im Sudan im Juli 1971 bringen wir nachstehend einen Originalbeitrag des bekannten sudanesischen Marxisten A. M. Kheir:

Von Kommunisten ist zu erwarten, daß sie sich auf allen ihren Tätigkeitsgebieten voll und ganz auf die breiten Massen des revolutionären Volkes stützen; andernfalls werden sie entweder linkssektiererische Abenteurer oder gefügsame Werkzeuge der Bourgeoisie. Das ist dann das Endergebnis, zu dem rechte oder "linke" Abweichungen in marxistischen Parteien und Gruppen führen. Ein Blick auf die Ereignisse des Juli 1971 in Sudan liefert eine Fülle von Beweisen dafür.

Die "Kommunistische" Partei Sudans,die sich nach Stalins Tod fast zwanzig Jahre lang strikte an die russische Parteilinie der "friedlichen Koexistenz" (im revisionistischen Sinn,versteht sich. D.Red.) und des "friedlichen Überganges zum Sozialismus" hielt, schwankte in dieser Zeit unaufhörlich zwischen einer extremen rechten Position und einer anderen extremen Position, nämlich der des "linken" Sektierertums, hin und her. So haben ihre Führer mit den feudalen Politikern kooperiert und ihnen empfohlen, hohe Posten in dem Regime einzunehmen, das im Mai 1969 errichtet wurde; und sie sind scharf gegen die Maßnahmen dieses Regimes zur Unterdrückung eines bewaffneten Aufstandsversuches jener feudalen Kreise im Jahre 1970 aufgetreten. In bezug auf die Außenpolitik folgten sie gehorsam der Linie der russischen Partei: Sie verleumdeten und attackierten Albanien und China; sie unterstützten die auf Verrat am Kampf der arabischen Völker gegen das zionistische Israel ausgerichtete Linie der Führer der UdSSR; sie widersetzen sich einer Anerkennung der DDR durch die Republik Sudan und gaben schließlich der Invasion der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee ihren uneingeschränkten Segen. Andererseits versetzten sie schonungslose Schläge der nationalen Bourgeoisie Sudans,leugneten die fortschrittliche Rolle des Kleinbürgertums in der national-demokratischen Revolution, bekämpften das antiimperialistische nationalistische Regime des Präsidenten <u>Nimeri</u> und unternahmen schließlich einen Militärputsch gegen dieses.

Alle diese schweren Abweichungen - zu denen noch das Fehlen einer innerparteilichen Demokratie, die Beschäftigung der Parteiführung mit kommerzieller Aktivität dank der Unterstützung und Hilfe seitens "sozialistischer" Länder, die Beschränkung der Parteiarbeit auf besser situierte Angestellten und Kleinbürgerschichten in den Städten sowie die völlige Mißachtung der Mehrheit der Bevölkerung, der armen Bauern, traten - mußten unweigerlich zwei bedeutsame Ergebnisse haben:

a) die Spaltung der Partei im Jahre 1964 und die Bildung einer marxistisch-leninistischen Partei im Jahre 1965;
b) die völlige Zersetzung der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse und der revolutionären Volksmassen und ihre Verwandlung in eine "Partei",die lediglich den Interessen eines kleinen Führungsklüngels sowie der Außenpolitik der sowjetischen Partei dient.

Die Folge war eine restlose Isolierung der "K"P Sudans von den Massen des Volkes.

Anfang 1969 erreichten die Widersprüche zwischen der damaligen reaktionären Regierung(einer Koalition der Feudalherrn, der bürokratischen Kapitalisten und der Großbourgeoisie) einerseits und der großen Mehrheit der Bevölkerung Sudans andererseits ihren Höhepunkt: politische und wirtschaftliche Infiltration der USA, Unterdrükkung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, anhaltender Druck auf die Lebenshaltung usw. Das Volk fordert einen völlig neuen Regierungstypus, wo die reaktionären Parteien weder Machtpositionen noch Mitspracherecht hätten. Die reaktionären Parteien spielten aber die alte Platte von "Neuwahlen " ab, um die Massen irrezuführen, Und die "K"P machte das Spiel mit, indem sie mit der Propagandalosung für"volle Demokratie" in den Wahlkampf eintrat.

Als die "Freien Offiziere" in der von der "K"P geführten geheimen Militärorganisation einen Staatsstreich vorschlugen, war die Parteiführung dagegen. Doch die "Freien Offiziere" setzten ohne ihr Wissen die Ausarbeitung ihrer Pläne fort. Am frühen Morgen des 15. Mai 1969 schlugen sie los und ergriffen die Macht im Staate. Zwei Tage später bot die "K"P Sudans dem neuen Regime volle Zusammenarbeit an. Mehrere "Kommunisten" erhielten hohe Leitungsposten, darunter auch in der Regierung selbst. Sie wurden aber deswegen von anderen Parteiführern kritisiert, weil diese leer ausgegangen waren und keine Posten im Staatsapparat erhielten. Diese Streitigkeiten wurden als "Meinungsverschiedenheiten über die Linie in bezug auf den Klassencharakter des Regimes von Nimeri" ausgegeben. Sie führten zu einer Spaltung der Partei in einen Flügel, der das neue Regime aktiv unterstützte, und einen,der sich zu ihm passiv verhielt.

Zu jener Zeit wurden die Beziehungen Sudans zur Sowjetunion und anderen sogenannten sozialistischen Ländern beträchtlich verstärkt. Die Moskauer Führung hielt jenen die Stange,die mit Nimeri zusammenarbeiteten, und zeigten der anderen Fraktion die kalte Schulter. Diese Fraktion, geführt vom Generalsekretär der Partei, steigerte von Tag zu Tag ihre Kritik am Regime. Letzteres mußte zurückschlagen, und der Generalsekretär wurde nach Ägypten geschickt, wo er einige Monate "Gast" Nassers war. Nach seiner Rückkehr organisierte er den Militärputsch vom Juli 1971, der ihn für drei Tage an die Macht brachte. Die Russen, die sich nun gegen Nimeri gewandt hatten, erkannten unverzüglich die Herrschaft der Putschisten an.

Die Folgen des Putsches

Nachdem Nimeri an die Macht zurückgekehrt war, fügte er den Organisatoren des Putsches schwere Schläge zu. Die Russen und ihre Nachbeter erhoben ein gewaltiges Geschrei und starteten eine großangelegte Kampagne gegen das Nimeri-Regime wegen "blutiger Unterdrükkung von Kommunisten"...Was waren aber die tatsächlichen Folgen des Putsches?

★ Die sogenannte Kommunistische Partei wurde restlos entlarvt als ein Häuflein von Personen, die in der Tat ihre persönlichen Interessen und die Interessen ihrer Moskauer Herrn über die nationalen Interessen Sudans und die Klasseninteressen der sudanesischen Werktätigen stellten.

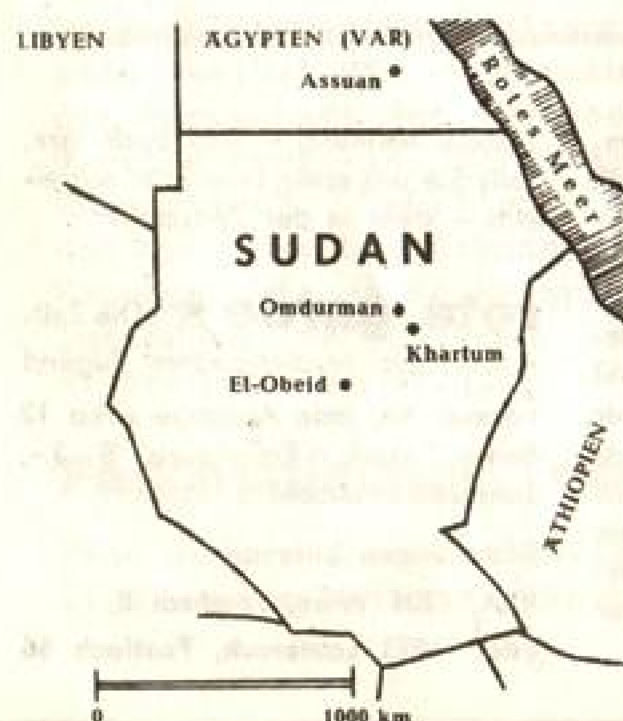
Die große Mehrheit des werktätigen Volkes und der Kader verloren so weit ihr Vertrauen zur Partei, daß diese heute vollständig gelähmt ist.

★ Die Gefahren, die der moderne Revisionismus mit sich bringt, und vor denen die Partei seit 1965 immer wieder gewarnt wurde, werden jetzt von vielen ehrlichen aufrechten Kommunisten eingesehen.

★ Das Bündnis und die Zusammenarbeit zwischen den marxistischen Kräften auf der einen Seite und den Nationalisten sowie anderen, allgemein linksgerichteten Kräften auf der anderen Seite erfuhren eine ganz erhebliche Schwächung.

Das sind einige Lehren, die viele Marxisten in Sudan gezogen haben.

Doch die "K"P Sudans hatte blutiges Lehrgeld gezahlt... ●



Sudan, Republik in Afrika. Fläche: 2,5 Millionen km² (30mal größer als Österreich). Bevölkerung: 12 Millionen (1962). Sprache: Arabisch bzw. Dialekte der Nil-Völker. Hauptstadt: Khartum; sonstige größere Städte: Omdurman, El-Obeid. Geschichte: Im 19. Jahrhundert unter nomineller türkisch-ägyptischer Oberherrschaft; britischer Gouverneur in Khartum. Nach dem Aufstand des Mahdi (1881–1885) kurze Zeit selbständig. 1889 von britischen Kolonialtruppen zurückerobert und besetzt. Seit 1. 1. 1956 unabhängige Republik Sudan.

(Anmerkung: Bei der Erstürmung Khartums 1885 durch den Mahdi fiel übrigens der berüchtigte englische Gouverneur General Gordon, der maßgeblich an der Niederschlagung der Taiping-Volkserhebung in China beteiligt gewesen war.)

Revisionisten erschießen Arbeiter



Die revisionistischen Arbeiterverräter in der ‚K'PÖ-Führung haben's schwer, das, was noch an ehrlichen Mitgliedern vorhanden ist, bei der Stange zu halten. Sie müssen dabei vor allem peinlichst vermeiden, daß ihre Taten und „Thesen" mit der Wahrheit des wissenschaftlichen Sozialismus verglichen werden. Wenn enttäuschte Genossen an der ‚K'P-Linie Bedenken äußern, wird deshalb das Haupt„argument" immer wieder ans „Herz" gerichtet mit der Frage: „Bist du auch schon gegen die Sowjetunion?"

Wie ein Ertrinkender nach jedem Strohhalm greift, so benutzen Muhri und Konsorten alles, was irgendwie fortschrittlich ist, um ihre verräterischen „Theorien" zu „beweisen". So ein Strohhalm war für sie auch die tatsächlich antiimperialistische und nationale Unabhängigkeit anstrebende Entwicklung in Chile. Flugs wurde angedeutet, daß hier der „friedliche Weg zum Sozialismus" sozusagen Premiere feiere. Die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung aber läßt solche Betrügereien natürlich nicht lange zu. Deshalb bereiten die jüngsten Ereignisse in Chile den Pseudorevolutionären am Höchstädtplatz enorme Schwierigkeiten.

Unbestritten ist, daß die werktätige und besitzlose Bevölkerung Chiles die sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebt. Genauso klar – weil gesetzmäßig – ist, daß sich die reaktionären Kräfte des Landes im Verein mit ihren ausländischen Komplizen dagegenstemmen. Die Reaktion inszenierte in einer Provinz des Landes also eine Demonstration gegen die Regierung Allende. Gegen diese Demonstration nahm der Großteil der Bevölkerung Stellung. Und was tat nun der „kommunistische" Provinzgouverneur? Er erlaubte die Demonstration der Reaktionäre und verbot eine Gegendemonstration der arbeitenden Bevölkerung! Die erlaubte (reaktionäre) Demonstration wurde von der Polizei geschützt, welche sogar das Feuer auf die dagegen protestierenden Arbeiter eröffnete. Ergebnis: ein toter Arbeiter! Weil so ein „Kommunismus" den ehrlichen Genossen selbstverständlich unvorstellbar ist, fragte die „Volksstimme" in einem Artikel scheinheilig: „Was geht in Chile vor?" Die richtige Antwort darauf kann und will sie jedoch nicht geben. Sie müßte sonst bekennen, daß alle „Thesen vom friedlichen Übergang" Verrat am Kampf der Arbeiterschaft sind, daß die Bezeichnung „kommunistisch" für eine derartige Politik nur Tarnung für reaktionäre Volksbetrüger ist, daß die Anleitung dazu aber durchaus den „Leitlinien" der ‚K'PÖ-Politik entnommen sein könnte. ●

Wer unterdrückt die Frau – „der Mann" oder der Kapitalist?



Das Problem der Gleichberechtigung

„Alles muß i c h machen! Jede Arbeit im Haushalt bleibt mir. Die Kinder muß ich auch betreuen! Und ist ein Tag im Betrieb eine Spielerei? Ich komme mir ja vor wie eine Sklavin!" Oft hört man bei Ehestreitigkeiten solche oder ähnliche Sätze. Wie ist es nun mit der Stellung der Frau, ist sie wirklich unterdrückt und ausgenützt? War sie es schon immer? Dazu müssen wir in der Geschichte nachschauen: In der Urgesellschaft gab es kein Privateigentum, sondern ein gemeinschaftliches. Die Einzelehe existierte nicht. Mann und Frau lebten in verschiedenen Formen der Gruppenehe zusammen. Die Frau gehörte also nicht einem einzigen Mann an, der ihr als „Familienoberhaupt" lebenslänglich Vorschriften machen und sie gängeln konnte. Im Gegenteil, die Frau hatte eine geehrte und hochgeachtete Stellung.

Mit dem Aufkommen des Privateigentums bildete sich die erste Form einer Klassengesellschaft, nämlich die der Sklavenhalter heraus: Die besitzende Klasse steht der besitzlosen, versklavten Klasse gegenüber. Von Anfang an sind die Gegensätze zwischen den Klassen unverwischbar. Jetzt entsteht auch die Einzelehe. Die Vaterschaft des Nachwuchses muß fortan unbestritten sein, weil die Kinder ja als Erben des väterlichen Besitzes eingesetzt werden sollen. Nun ist auch die Lage der Frau völlig anders. Durch den Privatbesitz in den Händen des Mannes wird die Rolle der Frau zu einer dienenden. Sie sorgt als Gebärerin für Erben des väterlichen Besitzes und hat sich im übrigen den Wünschen des Gatten unterzuordnen. Diese Unterdrückung des weiblichen Geschlechts bleibt auch im Mittelalter, der Feudalzeit, bestehen. Während dieser Zeit tritt die Rolle der Kirche besonders stark hervor. Sie achtet auf den Fortbestand der Versklavung der Frau.

Im Kapitalismus stehen zwei neue Klassen einander gegenüber: Bourgeoisie und Proletariat. Das Proletariat kann nur leben, wenn es die einzige Ware, die es besitzt, nämlich die Arbeitskraft, an die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalistenklasse, verkauft. Doch der Lohn des Mannes ist zu gering, um seine Angehörigen ernähren zu können. So ist die Frau gezwungen, mitzuverdienen.

Wie sieht hier die Praxis aus? Rechtlich gesehen ist der Mann Hauptverdiener, die Gattin sorgt für den Nebenverdienst. Deshalb ist die Arbeit der Frau schlechter bezahlt als die des Mannes, auch wenn gleiche Vorbildung dazu nötig ist, auch wenn gleiche Leistung verlangt wird. So wird die Frau auf dem Arbeitsplatz mehr ausgebeutet als der Mann. Außerdem wird sie durch die alleinige Bewältigung des Haushalts und der Kindererziehung zusätzlich ausgenützt. Nur der Mann hat nach Betriebsschluß tatsächlich Feierabend.



An dieser Stelle muß der Kampf um Gleichstellung der Frau mit dem Mann einsetzen. Dazu erzählte eine Wiener Genossin aus ihrer Erfahrung: „Schon bald nach unserer Heirat gab es Streit. Unsere Tochter war damals noch klein. Mein Mann verdiente gerade soviel, um die Miete bezahlen und die Nahrungsmittel sowie die allernotwendigste Kleidung für uns drei kaufen zu können. So mußte auch ich mich um eine Arbeit umschauen. Als ich einen Vertrag hatte und täglich arbeiten ging, kam es sehr bald zu diesem Streit. Mir war die Belastung zu groß: Von 7–13 Uhr Betriebsarbeit, dann Haushalt und Kinderbetreuung. (Das Mädchen verbrachte den Vormittag bei seiner Oma, weil es – wie so oft – im Kindergarten keinen freien Platz gegeben hatte.) Nein, sagte ich mir, das wird mir zu viel. Ich rechnete die tägliche Arbeitszeit zusammen und kam auf 13 bis 14 Stunden. Er als Mann hat ja nach Betriebsschluß Feierabend, ich als Frau nicht. Ich bin für die Gleichberechtigung! So redete ich mit meinem Mann und verlangte seine Mithilfe in der Familie. Nach langem Hin und Her sah er meine Forderung als gerechtfertigt ein. Nun hatte auch ich meinen kurzen Feierabend. Aber jetzt kommt das Sonderbare: Während mein Mann in seiner Freizeit politische Arbeit leistete, Bücher und Zeitungen las, wußte ich mit der gewonnenen Zeit nichts Sinnvolles anzufangen. Dann ging mir ein Licht auf: In der körperlichen Arbeit daheim hast du wohl deine Gleichberechtigung. Nun aber hieß es, für die g e i s t i g e Gleichberechtigung zu sorgen. Die Frau darf nicht „gesellschaftliches Anhängsel" ihres Mannes bleiben. Ich mußte mich vor allem intensiv politisch betätigen und weiterbilden."
So leben revolutionär gesinnte Arbeiter in ihren Familien gewissermaßen die völlige